

Ermittlungen schaden den Grünen enorm

VON BIRGIT MARSCHALL

Der sechsköpfige Bundesvorstand der Grünen hat 2020 einen schweren Fehler begangen: Die Parteichefs Baerbock und Habeck, Bundesgeschäftsführer Kellner, Vizechefin Lang, die demnächst zur Parteivorsitzenden gewählt werden will, Vorstandsmitglied Schaefer und Schatzmeister Urbatsch genehmigten sich selbst steuerfreie Corona-Boni von jeweils 1500 Euro. Der Beschluss könnte regelwidrig gewesen sein, weshalb die Berliner Staatsanwaltschaft nun strafrechtliche Ermittlungen wegen des Anfangsverdachts der Untreue gegen Habeck, Baerbock und Co. aufgenommen hat.

Der Ausgang des Verfahrens ist völlig offen. Im Vergleich zu Untreue-Tatbeständen in der Wirtschaftswelt, bei denen es oft um Millionenschäden geht, ist der Vorgang – rein rechtlich gesehen – wohl nicht von großer Brisanz. Politisch-moralisch dagegen ist der Schaden für die Grünen und möglicherweise auch für die Ampelkoalition enorm. Kanzlerkandidatin Baerbock hatte das bereits im Wahlkampf schmerzlich zu spüren bekommen, als sie die Sonderzahlung dem Bundestag hatte nachmelden müssen.

Dieses Mal steht die gesamte Bundesspitze am öffentlichen Pranger. Wenn Habeck nun versucht, die Sache kleinzureden, macht er sie nur schlimmer. Die Ermittlungen sind keine Petitesse. Sie schaden den Grünen massiv und schwächen sie zur Unzeit. Das gilt für Ricarda Lang, die in zehn Tagen an die Spitze rücken will. Und Wirtschaftsminister Habeck muss gerade die größte Transformation der Wirtschaft seit 100 Jahren, den Umbau zur Klimaneutralität, organisieren. Außenministerin Baerbock steht mitten im Sturm des russisch-ukrainischen Konflikts. Die Zeichen deuten sogar auf Krieg – und Baerbock muss sich ausgerechnet in dieser gefährlichen Lage mit einem Fehler der Vergangenheit herumschlagen.

BERICHT WARUM GEGEN DIE GRÜNEN ERMITTELT WIRD, POLITIK

Bidens Redseligkeit und Europas Schwäche

VON THOMAS SPANG

Joe Biden hat mit seinem Fauxpas zur Ukraine-Krise gewiss keine Geheimnisse an Moskau verraten. Wladimir Putin weiß längst, dass es innerhalb der Nato unterschiedliche Sensibilitäten gibt. Während die ehemaligen Staaten aus dem Sowjetblock entschieden auf jede Aggression in der Ukraine reagieren wollen, denken die Deutschen daran, dass jeder zweite Kubikmeter Gas aus Russland kommt. Der US-Präsident reflektierte das in seiner unglücklichen Unterscheidung zwischen möglichen Reaktionen des Westens auf eine „geringfügige“ Invasion und einen Einmarsch auf breiter Front. In der Sache spricht Biden damit das Offensichtliche aus. Putin hat seine Truppen nicht erst seit gestern an der Grenze zur Ukraine zusammengezogen. Er hat seine Absichten nie verheimlicht: Er will die nach dem Ende der Sowjetunion verlorenen Einflusszonen wiederherstellen. Putin interessiert dabei herzlich wenig, dass die Menschen von Kasachstan über die Ukraine bis Belarus nicht fremdbestimmt werden wollen. Ihm geht es um eine neue Sicherheitsarchitektur.

Das viel größere Problem als Bidens Redseligkeit bleibt die strategische Schwäche Europas. Der französische Präsident Emmanuel Macron hat im Prinzip recht, wenn er auf eine eigenständige Rolle des Kontinents pocht. Aber solange für die Sicherheit in Europa die US-Streitkräfte herhalten müssen, klafft eine riesige Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Putin wusste schon immer, dass die Amerikaner keine eigenen Truppen in die Ukraine schicken werden und die Europäer keine haben. Und dass jede andere Reaktion abgestuft sein würde. Auch nach Bidens Fauxpas muss er mit harten Sanktionen rechnen.

So unbedacht die Äußerungen des US-Präsidenten auch waren, so falsch wäre es, sie als Freifahrtschein für Putin zu interpretieren.

BERICHT DEUTLICHE TÖNE GEN MOSKAU AUS BERLIN, POLITIK

Neus. Grevenbroicher Zeitung

Herausgeber: Florian Meritz, Martin Ebel, Tilman Drost. Geschäftsführung: Johannes Werla, Hans Peter Körber. Chefredakteur: Martin Dobler. Stellvertretender Chefredakteur: Horst Thoren; Newsmanagement: Tanja Brandes, Marcel Jarjour, Rainer Leurs, Martina Stöcker; Verantwortliche Redakteure: Digitaldesign: Henning Bulka, Carola Siedentop (Vertretung); Printdesk: Dr. Frank Vollmer, Laura Ihne (Vertretung); Chef vom Dienst: Ulrich Schwenk; Politik/Meinung: Dr. Martin Kessler; Bundespolitik: Kerstin Münnstermann; Landespolitik: Maximilian Plück; Wirtschaft: Dr. Antje Höning; Kultur: Dr. Lothar Schröder; Sport: Stefan Klüttner; Leitender Redakteur: Martin Bewerunge (Moderne Leben); Chefkorrespondenten: Dr. Gregor Mayntz (Europapolitik); Kirsten Baldiga (Landespolitik); Chefreporter: Christian Schwerdtfeger (NRW); Reinhard Kowalewsky (Wirtschaft); Gianni Costa und Jannik Sorgatz (Sport); Lokalredaktion: Redaktionsleitung: Frank Kirschstein; Vertretung: Kerstin de Haas; Sport: David Beineke; Kommunal: Klaus D. Schumillas (Dormagen); Christoph Kleinau (Neuss); Willy Piel (Grevenbroich); Verlagsgeschäftsleiter: Matthias Körner (verantwortl. Anzeigen); Vertrieb: Georgios Athanassakis; Werbeverkauf: Benjamin Müller-Driemer; Verlag: Rheinische Post Verlagsgesellschaft mbH; Druck: Rheinisch-Bergische Druckerei GmbH; Sitz von Verlag, Redaktion und Technik: Pressehaus, 40196 Düsseldorf, Zülpicher Straße 10; Telefon 0211 5050; Telefax 0211 505-2575; Lokalredaktion Neuss und Regionale Verkaufsleitung: Mosestr. 14, 41464 Neuss; Telefon 0211 404-04; Telefax Redaktion 02131 404-249; Anzeigen 02131 404-200; www.ngz-online.de. Bei Kritikbelieferung ohne Verlagsverschulden, bei Arbeitskampf und höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Es gelten die aktuelle Preisliste Nr. 86 vom 1.1.2022 sowie unsere Allgemeinen und zusätzlichen Geschäftsbedingungen (www.rp-online.de/agb).



STÜRMISCHER GIPFEL

RP-KARIKATUR: NIK EBERT

ANALYSE Das Missbrauchsgutachten für das Münchener Erzbistum dokumentiert, dass auch der spätere Papst Benedikt XVI. von Fällen wusste – aber nicht handelte. Es gibt dem Skandal sexualisierter Gewalt zusätzliche Wucht.

Verdrängt, verdreht, verharmlost

VON LOTHAR SCHRÖDER

Ist dieses Gutachten nun endgültig das „Waterloo“ der katholischen Kirche, von dem der Kirchenrechtler Thomas Schüller spricht? Manche mögen das gehofft, andere befürchten es. Zumal jetzt zeigt das jetzt präsentierte Missbrauchsgutachten für das Erzbistum München und Freising, wie verstrickt die Kirche in diesem Skandal bis in höchste Ämter ist und wie die Verantwortlichen nach wie vor mit Schuldabweisungen erkennen lassen, wie klein ihr Wille ist, Verantwortung zu übernehmen. Allen voran der emeritierte Papst Benedikt XVI.

Als Kardinal Joseph Ratzinger leitete er das Erzbistum von 1977 bis 1982. In dieser Zeit wechselte der pädophile Priester Peter H. von Essen nach München, und obgleich seine Vorgeschichte bekannt war, wurde er für etliche weitere Jahre in der Seelsorge eingesetzt. Und missbrauchte weiter Kinder und Jugendliche. Insgesamt sollen es 28 sein.

Von alldem will Benedikt damals nichts gewusst haben. An der Ordinarientagsitzung vom 15. Juni 1980, in der der Fall besprochen wurde, habe er nicht teilgenommen, versichert er in einer 82 Seiten umfassenden Stellungnahme gegenüber der Kanzlei Westpfahl Spilker Wästl (WSW). Sie hat dieses Gutachten erstellt. Jetzt aufgetauchte Kopien von Sitzungsprotokollen, aber führen den damaligen Erzbischof mit Redebeiträgen unter anderem zur Causa Hans Küng an. Benedikt, der sich auf ein außerordentliches Langzeitgedächtnis beruft, versucht, Taten zu relativieren. Das WSW-Gutachten zitiert ihn damit, dass der Pfarrer nur als Exhibitionist aufgefallen sei, „aber nicht als Missbrauchstäter im eigentlichen Sinn“. In keinem der Fälle sei es zu einer Berührung gekommen. Darüber hinaus habe er als Privatmann agiert und sei nicht als Pries-

ter erkennbar gewesen. So habe sich der Beschuldigte weder als Priester in der Pfarrseelsorge noch als Religionslehrer nach Benediks Worten „das Mindeste zuschulden kommen lassen“.

Und hatte nicht der damalige Generalvikar Gerhard Gruber, heute über 90 Jahre alt, alle Verantwortung in diesem Fall übernommen? Gegenüber der Kanzlei betonte Gruber nun, dass dieses Schuldeingeständnis unter Druck entstanden sei. Alle Schutzbehauptungen, Verdrängungen, Verdrehungen und Verharmlosungen wie die der Ratzingers verleihen dem großen Skandal sexualisierter Gewalt eine zusätzliche Wucht.

Nach Meinung Thomas Schüllers, der Direktor am Institut für Kanonisches Recht der Universität Münster ist, hat „Joseph Ratzinger die letzte Chance verpielt, seinen Tisch zu machen mit seiner Verantwortung als Erzbischof von München und Freising für seine Verfuscung von Sexualstraftaten“. Gegenüber unserer Redaktion erklärt er, dass dies eine „moralische Bankrottserklärung“ sei: Joseph Ratzinger habe „damit sein Lebenswerk zerstört“ und „der katholischen Kirche und vor allem dem Papstamt einen irreparablen Schaden zugefügt“. Ratzinger verhöhne die Opfer sexualisierter Gewalt in der Kirche, so der Kirchenrechtler. Der Vatikan will, so heißt es, in den kommenden Tagen detailliert auf das Münchener Missbrauchsgutachten schauen.

Im jüngsten Gutachten ist der Fall des Priesters Peter H. ein eigener Band. Und mit dem emeritierten Papst ist eine der höchsten moralischen Instanzen der römisch-katholischen Kirche darin verstrickt. Doch noch immer ist das Gehimthaltsinteresse groß und die Bereitschaft gering, persönliche Verantwortung zu übernehmen. Gerade dies aber wäre moralisch geboten. Es kann nicht um Macht und den Schutz

INFO

Stimmen zum Münchener Missbrauchsgutachten

Johannes-Wilhelm Rörig, Missbrauchsbeauftragter der Bundesregierung: „Mir hat die beschämende Kaltherzigkeit höchster Kleriker im Umgang mit sexuell missbrauchten Kindern und Jugendlichen beinahe die Sprache verschlagen, die im Gutachten sichtbar wird.“

Pater Hans Zollner, Theologe, Psychologe und Ansprechpartner für Missbrauchsopfer im Vatikan: „Jetzt muss etwas vom emeritierten Papst Benedikt XVI. kommen. Er muss noch mal darauf reagieren.“

Kardinal Reinhard Marx, Erzbischof von München: „Die Missbrauchskrise ist und bleibt eine tiefe Erschütterung für die Kirche und zur Aufarbeitung und zum weiteren Weg gehört die Orientierung an den Opfern des Missbrauchs, die Aufarbeitung von falschen Machtstrukturen und Haltungen.“

Matthias Katsch, Sprecher der Operninitiative „Eckiger Tisch“: „Dieses Lügengebäude, was zum Schutz von Kardinal Ratzinger, von Papst Benedikt, errichtet wurde hier in München, das ist heute krachend zusammengefallen. Dieses System ist an sein Ende gekommen.“



Benedikt XVI. bei einer Audienz auf dem Petersplatz 2008. FOTO: A. KREBS

einer Institution gehen, vielmehr muss eine Haltung des Respekts gegenüber den vielen Missbrauchsopfern erkennbar werden. Diese Form der Verantwortung hat immer auch etwas mit dem Wunsch nach Aufklärung zu tun. Sie ist die Wahrnehmung einer Pflicht, die ans Amt gebunden ist.

Der Fall des Priesters H. ist ein Signal. Aber er ist kein Einzelfall. Auch darum darf bei aller Prominenz des damaligen Erzbischofs nicht vergessen werden, dass im Gutachten von 497 Betroffenen und 235 mutmaßlichen Tätern die Rede ist – darunter 173 Priester. Das ist nur das „Hellsfeld“; die Dunkelziffer dürfte weit aus größer sein. An der Bistums spitze ist niemand frei von Pflichtverletzungen gewesen. So wird dem amtierenden Münchener Erzbischof, Kardinal Reinhard Marx, attestiert, Missbrauchsfälle nicht als Chefsache gesehen und behandelt zu haben. Er überließ solche Fälle bis 2018 Generalvikar und Ordinariats. Ihm werfen die Gutachter Fehlverhalten in zwei Fällen vor, Kardinal Friedrich Wetter in 21 und den verstorbenen Kardinälen Michael Faulhaber (1869–1952) und Julius Döpfner (1913–1976) in fünf beziehungsweise 14 Fällen.

In einem ersten Statement zeigte sich Marx „erschüttert und beschämt“ vom Ausmaß des Missbrauchs und betonte, dass Missbrauchsauarbeitung untrennbar verbunden sei mit der Erneuerung der Kirche, wie sie mit dem Synodalen Weg vorangetrieben werde. Eine „Bilanz des Schreckens“ nennen die Gutachter ihre Ergebnisse, die eine Fortsetzung bereits früherer Erhebungen sind. Das macht das Ausmaß der Verbrechen nur monströser. Einmal mehr ist von unerlässlichen Konsequenzen die Rede. Nach Meinung des Betroffenenbeirats der Bischofskonferenz wird es Zeit für die Übernahme von Verantwortung, für Entscheidungen, mutiges Handeln. Für Thomas Schüller ist der Tag von München eine Zäsur: „Die Kirche kann ihre Taten nicht selber aufklären. Der Staat muss diesen Stall des Augias ausmisten.“

Eine „Bilanz des Schreckens“ nennen die Gutachter ihre Ergebnisse, die eine Fortsetzung bereits früherer Erhebungen sind. Das macht das Ausmaß der Verbrechen nur monströser. Einmal mehr ist von unerlässlichen Konsequenzen die Rede. Nach Meinung des Betroffenenbeirats der Bischofskonferenz wird es Zeit für die Übernahme von Verantwortung, für Entscheidungen, mutiges Handeln. Für Thomas Schüller ist der Tag von München eine Zäsur: „Die Kirche kann ihre Taten nicht selber aufklären. Der Staat muss diesen Stall des Augias ausmisten.“

GELD UND LEBEN

Die Inflationsrate lag im Dezember 2021 bei 5,3 Prozent. Im Vergleich zum Dezember 2020 sind die Preise also im Durchschnitt um 5,3 Prozent gestiegen. Ob diese Zahl widerspiegelt, wie stark man selbst von Preiserhöhungen betroffen ist, hängt davon ab, ob man ein durchschnittlicher Konsument ist: Zur Berechnung der Inflationsrate wird nämlich verglichen, wie viel Geld ein bestimmter Warenkorb jeweils kostet hat. Und die Mengen, mit denen einzelne Güter in diesem Warenkorb sind, geben an, wie viel private Haushalte im Durchschnitt von diesem Gut kaufen. Weicht das eigene Konsumverhalten von diesem Durchschnitt ab, ist man möglicherweise stärker oder schwächer von Inflation betroffen, als die offizielle Inflations-

Die persönliche Inflationsrate

Von der Preissteigerung sind nicht alle gleich stark betroffen.



ULRIKE NEYER

rate angibt. Muss man zum Beispiel mehr heizen oder mehr mit dem Auto fahren, fallen die enormen Preissteigerungen von 40 Prozent (Heizöl) und 34 Prozent (Kraftstoffe) stärker ins Gewicht – die persönliche Inflationsrate war höher als die offizielle. Auch wenn man mehr Gemüse und weniger Fleisch isst als der Durchschnitt, war man stärker betroffen. Eine stärkere Nutzung des Internets zum Downloaden und Streamen von Musik wirkte hingegen senkend auf die persönliche Inflationsrate. Die persönliche Inflationsrate kann man im Internet auf der Homepage des Statistischen Bundesamtes selbst ausrechnen.

Die offizielle Inflationsrate zeigt auch nicht, dass Bevölkerungsgruppen unterschiedlich stark von Inflation betroffen sein können. Den Zeitraum

von 1995 bis 2021 betrachtend, zeigt das Institut der deutschen Wirtschaft, dass Haushalte mit geringem Einkommen stärker betroffen waren als Haushalte mit hohem Einkommen. Gleiches gilt für ältere Menschen im Vergleich zu jungen. Für die Beurteilung, wie stark man selbst oder einzelne Bevölkerungsgruppen von Inflation betroffen sind, reicht es also nicht, auf die offizielle Inflationsrate zu schauen, sondern es bedarf einer differenzierteren Betrachtung – die Konsumstruktur muss berücksichtigt werden.

Unsere Autorin ist Professorin für monetäre Makroökonomik an der Universität Düsseldorf. Sie wechselt sich hier mit dem Wettbewerbsökonom Justus Haucap und dem Vermögensexperten Karsten Tripp ab.